

Ausnahmezustand bis Ende Januar: El-Kaida-Prozess blockiert Celler City

„Sonderbusterminal“ auf Stechbahn / Marktbeschicker beklagen 30 Prozent Umsatzeinbuße

Nachhaltig durcheinander bringt der El-Kaida-Prozess, der gestern vor dem Oberlandesgericht (OLG) begonnen hat, das Leben in der Celler Innenstadt. Während sich im Hochsicherheitssaal Ibrahim R. als mutmaßlicher Unterstützer des Terrornetzwerks Osama bin Ladens verantworten musste, war die Kanzleistraße gesperrt – mit ärgerlichen Folgen: Der Wochenmarkt wurde verschoben, der Busfahrplan geändert, Kaufleute schimpften über Umsatzeinbußen. Ein Zustand, an den man sich wahrscheinlich gewöhnen muss: Der Prozess soll bis Ende Januar andauern. Jeweils mittwochs und donnerstags herrscht El-Kaida-Ausnahmezustand in Celle.

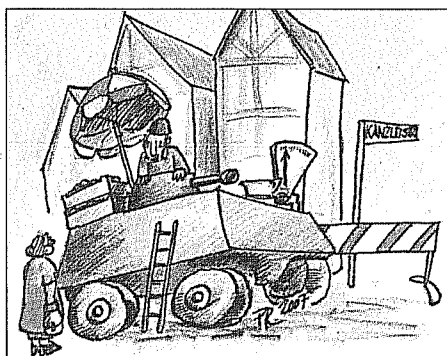
Von Michael Ende



Kein Platz für den Wochenmarkt: Dicht an dicht standen gestern Busse an der provisorischen Stechbahn-Haltestelle. Fotos: M...

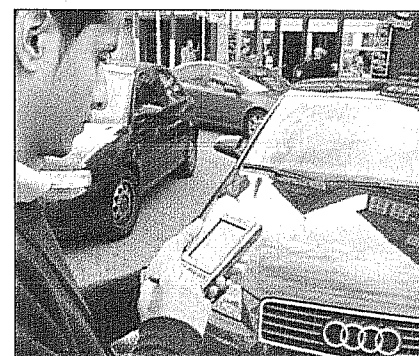
CELLE. „Ich will hier durch – ich muss zur Arbeit“ – damit kam eine Frau, die gestern gegen neun Uhr in die Celler Kanzleistraße gehen wollte, nicht weiter: Mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten verwehrten jedem, der keine Erlaubnis hatte, sich dem Oberlandesgericht (OLG) als Stätte des El-Kaida-Prozesses zu nähern, den Zutritt zur Sicherheitszone. Gegen Mittag, als der Prozess schon lief und alles ruhig geblieben war, drückten die Beamten dann schon mal ein Auge zu – sogar Fahrradfahrer durften passieren.

Dabei waren verdächtige Drahtesel am frühen Morgen als Sicherheitsrisiko ausgemacht und abtransportiert worden, wie Rudolf Stammen, Inhaber des Juweliergeschäfts „Rahls“ beobachtet hatte: „Da wurden Fahrräder, die an den Ständer am Alten Rathaus angeschlossen waren, losgeknippt und mitgenommen – wohl weil man glaubte, da könne Sprengstoff drin sein.“ Das sei in solchen Situationen gängige Praxis, erläuterte auf Nachfrage die städtische Pressesprecherin Myriam Meißner: „Die Stände mussten weg. Darauf hatten wir schon seit Tagen mit Schildern hingewiesen.“



Sicherheit statt Markt.

Karikatur: Frassl Sicherheit wird groß geschrieben.



Schwerstarbeit für Knöllchenschreiber

wiesen.“ Zwei Räder habe die Stadt abgeräumt, und die seien bereits wieder in den Händen ihrer Besitzer. Politessen hatten in der Parkverbotszone des „Sonderbusterminals“ Stechbahn alle Hände voll zu tun.

●**Handel sauer:** Platz hatte man machen müssen, weil der Verkehr nicht wie üblich durch die Kanzleistraße, sondern nur über die Stechbahn fließen konnte. Deshalb war der Wochenmarkt auf Dienstag verlegt worden – mit gravierenden Folgen, wie Käse-Händler Frank Hensel bilanziert: „Das hat überhaupt nicht funktioniert: Die Kollegen und ich haben im Schnitt 30 Prozent weniger Umsatz gemacht als an nor-

malen Markttagen – dazu kommt noch, dass viele dienstags sonst auf anderen Märkten wären und ihnen auch diese Einnahmen in der Kasse fehlen. Diese Marktverlegung wegen eines Gerichtsprozesses ist der Wahnsinn.“ Auch Stammen be-

OLG verhandelt gegen mutmaßlichen Terroristen

fürchtete gestern Umsatzeinbußen bis zu 50 Prozent: „Viele Leute trauen sich nicht in die Stadt, weil sie Angst haben.“

●**„Normales Geschäft“** seien die Sicherheitsvorkehrungen hingegen für die Polizei gewe-

sen, so deren Celler Sprecher Guido Koch: „Innen im Gericht war das Medieninteresse riesig, draußen blieb alles ruhig.“ Neben Celler Beamten sei auch Bereitschaftspolizei im Einsatz gewesen. Wie viele, das könne er aus einsatztaktischen Gründen nicht sagen. Vor Prozessbeginn war es dem Oberlandesgericht darum gegangen, sämtliche Gefährdungen wie etwa einen Befreiungsversuch von vornherein auszuschließen. Doch die Lage blieb ruhig, so Koch: „Ein Job, wie wir ihn von anderen Verfahren wie etwa dem Russenmafiaprozess her kennen.“

●**Sperrung notwendig?** Mindestens bis Ende Januar wird der El-Kaida-Prozess, mit Ver-

handlungen jeweils am Mittwoch und Donnerstag die Celler beschäftigen, Oberbürgermeister Martin Biermann hatte OLG-Präsident Götz von Olenhusen darum gebeten, in der Zukunft wenigstens die Marktplatzzone prozessfrei zu halten – ohne Erfolg. Olenhusen habe ihm „keine Hoffnung“ gemacht, man könne Prozesstermine jetzt nicht verlegen, so Biermann. Allenfalls könne man mit der Polizei darüber sprechen, eine Sperrung der Kanzleistraße zwingend notwendig sei, oder ob es auch eine Absperzung vor dem OLG-Eingang ginge. Biermann: „Es kann nicht sein, dass die Stadt deswegen jemals blockiert ist.“